

Wissenschaft in unruhigen Zeiten

Im September 2025 hat der Leviathan sein Gründungsmitglied Claus Offe verloren, der der Zeitschrift unter anderem seinen Namen gab.¹ Als Grenzgänger zwischen Politikwissenschaft und Soziologie, der in scharfen Analysen nicht nur die *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*² freilegte, prägte er Charakter und Anspruch der Zeitschrift mit, eine interdisziplinäre, undogmatisch linke kritische Stimme zu sein. Sein Denken und sein umfassendes Werk war für viele »weichenstellend«.³ Zu ihnen gehört auch Tine Stein, die in diesem Heft an den Sozialwissenschaftler, sein Leben und sein außergewöhnliches Oeuvre erinnert, in dem er »intelligente empirische Beobachtungen mit theoretischer Analyse zu verknüpfen und daraus schließlich bei aller Skepsis gegenüber den Verhältnissen dann doch konkrete Veränderungsoptionen abzuleiten« verstand.⁴

Im März 2026 ging auch Jürgen Habermas, der nicht nur Claus Offe als sein Lehrer, sondern ganze Generationen von Wissenschaftler*innen sowie als öffentlicher Intellektueller politische Debatten der Bundesrepublik Deutschland wie kein anderer prägte. Max Strietholt wendet sich in seinem Beitrag Habermas Werk zu und untersucht, welche Ressourcen dieses bietet, geldpolitische Debatten kritisch zu analysieren. Zwar lägen Kritiker*innen nicht völlig falsch, wenn sie bemerkten, dass Habermas das Projekt einer Kritik der politischen Ökonomie aus den Augen verloren habe oder die Auffassung von Geld als einem neutralen Steuerungsmedium problematisch sei. Doch enthielte Habermas Gesellschaftstheorie mit der Idee der verzerrten Kommunikation nichtsdestotrotz Mittel zur Kritik von Geldpolitik. Unser Autor unterscheidet drei Dimensionen verzerrter Kommunikation und zeigt am Beispiel der Zinserhöhungen zur Bekämpfung der Inflation in den Jahren 2022 und 2023 auf, wie sich entlang dieser Dimensionen geldpolitische Debatten kritisch analysieren lassen.

- 1 Blomert, Reinhard 2024: »Warum Leviathan? Einblicke in Entstehung und Entwicklung einer sozialwissenschaftlichen Zeitschrift«, in Leviathan, 52, 1, S. 9 – 16.
- 2 Offe, Claus 1972: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Berlin: Suhrkamp.
- 3 Mau, Steffen; Zürn, Michael 2025: »Sogar der Staat artikuliert Bedarf an soziologischer Aufklärung. Selbsterkenntnis und Interesse an Strukturproblemen reflexiver Politik: Zum Tod von Claus Offe«, in F.A.Z. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 04.10.2026, Feuilleton, S. 14.
- 4 Stein, Tine 2026: »Claus Offe (1940–2025). Würdigung des wissenschaftlichen Werks und seiner Rolle als politischer Intellektueller«, in diesem Heft.

Die Inflation und die sie anheizenden hohen Energiepreise machten den Ukrainekrieg auch für Haushalte hierzulande deutlich spürbar. Unser Autor *Roman Smirnov* wendet sich in seinem Beitrag einer Gruppe zu, für die dieser Krieg noch wesentlich existentiellere Folgen hat, nämlich Wissenschaftler*innen in Russland. Seit Beginn des Krieges haben hunderte Forscher*innen das Land verlassen, weil sie dort keine Perspektive mehr sahen oder gar um ihre Freiheit fürchteten. Sanktionen haben die russische Wissenschaft international isoliert, Gelder für Forschungsprojekte fehlen und von Wissenschaftsfreiheit, die bereits in den Jahren vor dem Angriff auf die Ukraine immer stärker eingeschränkt wurde, ist nichts mehr zu spüren. Wer geblieben ist, arbeitet unter Bedingungen zunehmenden politischen Drucks, muss unter Umständen Propagandaveranstaltungen abhalten und beständig auf der Hut sein, vor möglichen Denunziant*innen im Kollegium oder auch unter Studierenden. Selbstzensur aber auch Rationalisierung sind Strategien, sich an diese Bedingungen anzupassen beziehungsweise in ihnen zu überleben. Auf Grundlage von narrativen Interviews, die er in zwei Wellen 2022 und 2023 führte, zeigt unser Autor auf, welche Strategien Forscher*innen wählen und wie sich dies über die Zeit auch verändert.

Nicht nur in Russland wird Wissenschaft immer mehr zur Zielscheibe autoritärer Bestrebungen. Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte geht in vielen Ländern mit vermehrten Angriffen auf Intellektuelle, Hochschulen und die Wissenschaftsfreiheit einher. Womit Universitäten in Deutschland zu rechnen hätten, wenn es zu einer Regierungsbeteiligung der AfD kommen sollte, darüber gibt der Entwurf eines Regierungsprogramms des Landesverbandes Sachsen-Anhalt Aufschluss, der Anfang 2026 durchsickerte. Genderstudies gehörten abgeschafft, da sie »politisches Programm und keine Wissenschaft« seien, ebenso Postkolonialismus, der die europäische Identität zerstöre und Wissenschaft vernichte. Stattdessen will die Partei ein »Landesinstitut für kritische Islamforschung« gründen und zur Erforschung des Geburtenrückgangs einen »Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft« einführen. Der Bologna-Prozess soll rückabgewickelt, Mitbestimmung an Universitäten beendet, insbesondere der »Einfluss der Studentenräte zurückgedrängt« und das Ziel der Gleichstellung aus dem Hochschulgesetz gestrichen und durch »Gleichberechtigung« ersetzt werden.⁵ Vorbild für einen solchen Umbau der Hochschullandschaft von rechts ist das Vorgehen der zweiten Trump-Administration in den USA, das bereits im vergangenen Jahr Thema im *Leviathan* war. Während es Kathrin Zippel um Trumps

5 Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt 2026: *Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt – ENTWURF – Magdeburg, den 23. Januar 2026*, https://table.media/assets/berlin/26-01-23_entwurf_afd-regierungsprogramm-2026-sachsen-anhalt.pdf, Zugriff vom 10.03.2026.

Angriffe auf Hochschulen ging,⁶ zeigte Julia Simon auf, wie tief der zu Grunde liegende Antiintellektualismus im US-amerikanischen Konservatismus verwurzelt ist.⁷ Im vorliegenden Heft analysiert *Wulf Hopf* das Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA *Students for Fair Admissions, Inc. v. President and Fellows of Harvard College* vom 29. Juni 2023, mit dem die konservative Mehrheit der Richter*innen *Affirmative Action* in den Zulassungsverfahren des *Harvard College* und der *University of North Carolina* für verfassungswidrig erklärte. Die Berücksichtigung von *race* in den Verfahren widerspreche dem *Equal Protection Act*, dem 14. Verfassungszusatz, der Menschen vor Diskriminierung schützen soll. Das Urteil erging vor Trumps zweiter Amtszeit und solle nicht als bewusste Zuarbeit zu dessen Kampf gegen Universitäten verstanden werden. Dennoch bereitete es den Weg insbesondere für die Abschaffung von Programmen für Diversität, Gleichheit und Inklusion (Diversity, Equity and Inclusion, DEI) und lieferte dafür die nötigen Stichworte, so unser Autor.

Im März 2026 legte die Bundesregierung ihr Klimaschutzprogramm vor, in dem sie Maßnahmen bestimmt, durch die nationale und europäische Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Bislang hat die Regierung Merz nicht unbedingt als Klimaschutzkoalition von sich reden gemacht. Im Gegenteil wird Wirtschaftsministerin Katherina Reiche nachgesagt, der Gasindustrie – für die sie lange gearbeitet hat – nach wie vor (zu) nahe und dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen damit im Wege zu stehen. Mit dem Ende Februar 2026 vorgestellten Gebäudemodernisierungsgesetz, das unter anderem die 65 %-Erneuerbaren-Regel abschaffen soll, demontiere die Bundesregierung Klimaschutz und Energiewende im Gebäudesektor, so der BUND.⁸ Und die insbesondere von den Unionsparteien viel beschworene »Technologieoffenheit« diene vor allem dazu, »notwendige politische Entscheidungen zu vertagen und Emissionsreduktionen zu verzögern«.⁹ Energiehistoriker *Jean-Baptiste Fressoz* geht in seinen Büchern zur Energiegeschichte noch weiter und stellt die Hoffnung, durch technologische Innovationen Klimaschutz betreiben und eine Energiewende einleiten zu können, grundlegend in Frage.

6 Zippel, Kathrin 2025: »Wissenschaft als Kampfzone. Die ideologische Neuordnung der US-Wissenschaftslandschaft«, in *Leviathan*, 53, 2, S. 264 – 270.

7 Simon, Julia 2025: »Race, Traditionen des konservativen Anti-Intellektualismus und autokratische Projekte: Eine Historisierung der Bildungspolitik unter Trump«, in *Leviathan*, 53, 4, S. 433 – 461.

8 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) 2026: KLIMASCHÄDLICH UND TEUER. Kurzanalyse der Eckpunkte zum »Gebäudemodernisierungsgesetz«, Februar/2026, https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/Eckpunkte-GEG-BUND-Bewertung-25-02-2026.pdf, Zugriff vom 03.03.2026.

9 Haas, Tobias; Schäfer, Stefan 2025: »Technologieoffenheit« taugt nicht im Fall von CCS, RIFS Potsdam, 25.03.2025, <https://www.rifs-potsdam.de/de/blog/2025/03/technologieoffenheit-taugt-nicht-im-fall-von-ccs>, Zugriff vom 03.03.2026.

Seine materialistische Geschichte der Energie zeigt, wie er im Interview mit *Ute Tellmann* und *Guillaume Schweitzer* erläutert, »dass der Verbrauch fast aller Rohstoffe im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts nur zugenommen hat. Hinzu kommt eine immer komplexere Verflechtung all dieser Materialien und Energien.«¹⁰ Es sei daher falsch, Energiegeschichte als eine von Energiewenden zu erzählen. Auch sollten wir Abstand nehmen von der Vorstellung, in einem für den Klimaschutz nötigen Zeitrahmen vollständig aus fossilen Brennstoffen aussteigen zu können. CO₂ intensive Industrien wie zum Beispiel die Zementproduktion seien durch technologischen Fortschritt nicht bis 2050 zu dekarbonisieren. Statt darauf zu setzen, sollte eine »erwachsene Diskussion« darüber geführt werden, wofür und zu wessen Vorteil CO₂ Emissionen zugelassen werden.¹¹

»Dass man sich aus dem Problem der Dekarbonisierung nicht ›herausinnovieren‹ kann«, findet *Daniela Ruß* überzeugend.¹² Doch vermisst sie bei Fressoz eine politische Perspektive. Denn auch wenn seine materialistische Geschichte der Energie im besten Fall wachrütteln und aufklären und damit auch politische Entscheidungen anstoßen kann, misst sie genau diesen Entscheidungen eine zu kleine Rolle zu. Anregungen für eine politische Geschichte der Energie findet Ruß in ihrem Kommentar bei dem von Fressoz kritisierten *Andreas Malm*. Dieser leugne die materielle Seite der Energiegeschichte nicht, zeige aber, dass technische Notwendigkeiten oder rein wirtschaftliche Rationalitäten nicht ausreichen, um erklären, warum es zur Wahl einer bestimmten Energieform in einer bestimmten Zeit kommt. Die Bevorzugung der Dampfkraft in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts erkläre sich beispielsweise auch durch »eine ökonomisch-politische Notwendigkeit marktabhängiger Produzenten«.¹³

Eva Deitert



© Eva Deitert

10 Fressoz, Jean-Baptiste 2026: »Warum das Denken in Energiewenden falsch ist«. Ein Gespräch mit dem Energiehistoriker Jean-Baptiste Fressoz, Ute Tellmann und Guillaume Schweitzer«, in diesem Heft.

11 Ebd.

12 Ruß, Daniela 2026: »Vom Nutzen und Nachteil einer materiellen Energiegeschichte«, in diesem Heft.

13 Ebd.